

## Sparkassen I

### Vier gute Jahre

Zum ersten Mal nach seinem Amtsantritt hat DSGV-Präsident Georg Fahrenschon die Ergebnisse der deutschen Sparkassen vorstellen dürfen. Dabei durfte er den Jahrgang 2012 nahtlos in eine Folge von vier erfolgreichen Abschlüssen einreihen. Ein Ergebnis vor Steuern von 4,4 (4,7) Milliarden Euro, die gerne und dankbar aufgegriffene Steuerposition von 2,3 (2,7) Milliarden Euro und der Jahresüberschuss von 2,1 (2,0) Milliarden Euro lassen dem obersten Repräsentanten der deutschen Sparkassenorganisation Raum, sich den wichtigen strategischen Weichenstellungen seiner Bankengruppe zu widmen. Mit den Zwischenergebnissen zur zukunftsweisenden Neuordnung und Arbeitsteilung der Sparkassenbeteiligungen Deka-Bank und Landesbank Berlin zeigen sich viele Sparkassenregionen sehr zufrieden. Die Ausrichtung der Deka-Bank als zentraler Wertpapierdienstleister der Sparkassen, die Schaffung einer schlagkräftigen Hauptstadtsparkasse und die Positionierung des gewerblichen Immobiliengeschäftes in der ausgegliederten Berlin Hyp finden allgemeine Zustimmung und genießen in der Organisation höchste Priorität.

Parallel dazu wird an der gebührenden Schärfung der Aufmerksamkeit der Sparkassen für die Herausforderungen des Zeitalters der Digitalisierung in der Marktbearbeitung sowie an der Verbesserung der Effizienz im Lager der öffentlich-rechtlichen Versicherer und deren Zusammenarbeit mit den Sparkassen vor Ort (siehe Leitartikel) weitergearbeitet. Und hinzu kommt dieser Tage die Interessenvertretung gegenüber der Politik und den Notenbanken angesichts der Herausforderungen durch die Regulierung und das Niedrigzinsumfeld.

Im Berichtsjahr 2012 haben sich die diesbezüglichen Belastungen der deutschen Sparkassen offensichtlich noch tragen lassen. Zwar haben die Institute sowohl im Provisionsgeschäft (minus 0,8 Prozent auf 6,3 Milliarden Euro) als auch beim Zinsüberschuss (minus 1,6 Prozent auf 23,2 Milliarden Euro) leichte Einbußen hinnehmen müssen. Doch hat sich nicht nur der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen in überschaubarem Rahmen gehalten (plus 1,7 Prozent auf 18,5 Milliarden Euro, bei leicht gesunkenen Sachkosten), sondern auch das Bewertungsergebnis hat wesentlich zum guten Ergebnis beigetragen, zumal von den minus 5,4 (minus 6,6) Milliarden Euro noch mehr als im Vorjahr den Vorsorgereserven zugeflossen sind (4,3 nach 3,1 Milliarden Euro). Beim Bewertungsergebnis im Wertpapierbereich konnten mit 1,2 (minus 1,3) Milliarden Euro insbesondere wegen der Entspannung auf dem europäischen Staatsanleihemärkten diesmal

Zuschreibungen verbucht werden. Und die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist mit minus 0,9 (minus 0,6) Milliarden Euro einmal mehr weit unter den historischen Werten geblieben. Gerade an dieser Stelle befürchtet der DSGV-Präsident auch in den kommenden Jahren keine ausufernden Belastungen, sondern baut in seiner Gruppe auf einen Qualitätssprung in der Beurteilung von Mittelstandskrediten. Dank hoher Investitionen in den vergangenen Jahren hält er die gruppeneigenen Risikomodelle mittlerweile für so ausgereift, dass damit im Vergleich zu früheren Konjunkturzyklen auch in schlechten Zeiten eine messbare Absenkung der Kreditrisikovorsorge erreicht werden kann.

Wie stark der notwendige Abschreibungsbedarf auf die Sparkassenbeteiligungen an der Landesbank Berlin in einzelnen S-Regionen mittlerweile bewältigt ist, haben kürzlich die Sparkassen in Hessen und Thüringen berichtet. Dort wurde der ursprüngliche Buchwert von 421 auf jetzt 102 Millionen Euro nach unten geschleust. Die dortigen Abschreibungen von 93 Millionen Euro im Berichtsjahr 2012 finden sich in den DSGV-Zahlen für alle Sparkassen in den minus 1,4 Milliarden Euro des sonstigen Bewertungsergebnisses. Noch sind das Ergebnis vor Steuern und der Jahresüberschuss der deutschen Sparkassen sicher auskömmlich. Doch beim DSGV wie in den Regionen werden absehbar steigende Aufwendungen für die Absicherung der Zinsrisiken registriert, die als Warnzeichen einer Gefährdung der langfristigen Stabilität durch die derzeitige Zinspolitik der Notenbanken gewertet werden.

## Sparkassen II

### Mitgestalter

Wenn die regionalen Sparkassenverbände dieser Tage die Geschäftszahlen ihrer Sparkassen für das Berichtsjahr 2012 vorstellen, sprechen viele Präsidenten lieber von der guten Volumens- als von der Ertragsentwicklung. Denn bei aller Zufriedenheit mit den Ergebniszahlen sowie der erfreulichen Risikolage ihrer Häuser wissen sie nur zu gut um die massive Gefährdung der künftigen Einnahmen ihrer Mitgliedsinstitute durch eine länger anhaltende Niedrigzinsphase. Noch konnte Rolf Gerlach für seine jetzt 71 Sparkassen in Westfalen-Lippe per Ende vergangenen Jahres ein Betriebsergebnis vor Bewertung von 1,354 (1,426) Milliarden Euro oder 1,14 Prozent der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) nennen und dabei stolz auf eine vordere Platzierung im inoffiziellen Wettstreit der S-Regionen verweisen. Doch sollten seine Mitgliedsinstitute noch weitere fünf Jahre mit einer ähnlichen Zinsentwicklung zurechtkommen müssen, so hat er

nachrechnen lassen, würde die Kennzahl auf 0,82 Prozent der DBS abschmelzen.

Teilweise ist es sicherlich diese Sorge um die Zukunftsfähigkeit der Ertragsentwicklung seiner Sparkassen, die den Regionalpräsidenten aus Münster in dem absehbaren Rahmen einer weiterhin eher expansiven Geldpolitik mit anhaltendem Niedrigzinsniveau nach sparkassenpolitischen Wegen zur Effizienzsteigerung innerhalb des Verbundes suchen lässt. Ein erstes Feld sieht er dabei in der Weiterentwicklung des Landesbankensektors. Mit dem Marktaustritt der früheren WestLB und dem Übergang der Sparkassenzentralbankfunktion auf die Helaba hält er einen wichtigen Schritt der Landesbankenkonsolidierung schon für vollzogen. Und sein uneingeschränktes Lob erntet auch die schon beschlossene Neuordnung der Landesbank Berlin mit Entstehen einer neuen Hauptstadtparkasse, der Übertragung des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäftes der LBB auf die zum Wertpapierhaus der Sparkassen auszubauende Deka-Bank sowie einer Positionierung der Berlin Hyp als gewerblicher Immobilienfinanzierer. Aber auf Dauer will Gerlach die aggregierte Bilanzsumme der verbleibenden Landesbanken von zuletzt 1,264 Billionen Euro auf deutlich unter eine Billion Euro zurückgeführt wissen, und damit deutlich unter die gesamte Bilanzsumme aller deutschen Sparkassen von 1,106 Billionen Euro.

Dabei geht es ihm bei der Umsetzung der von der EU-Kommission vorgegebenen Rückbauprogramme verschiedener Landesbanken nicht allein um das Abschmelzen der Risk Weighted Assets, sondern wirklich der Bilanzsumme auf die Größenordnungen, die beispielsweise in Kiel und Hamburg, in Hannover, in München und auch in Stuttgart nach den Vereinbarungen mit Brüssel angepeilt sind. Bis in die Jahre 1998/1999 wiesen die deutschen Sparkassen laut Bundesbankstatistik in der Tat ein höheres Geschäftsvolumen beziehungsweise eine höhere Bilanzsumme aus als die Landesbanken, bevor sich die Verhältnisse bis in die Finanzkrise hinein umkehrten. Erst seit 2009 setzt nicht zuletzt unter dem Druck aus Brüssel ein Deleveraging im Landesbankensektor ein.

Als positiver Impuls für die betriebswirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Sparkassensektors wird beim Sparkassenverband Westfalen-Lippe die bereits registrierbare zunehmende Kooperation auf dem Feld der IT gewertet. Das betrifft beispielsweise die Bündelung der Standorte der Finanz-IT von neun auf drei sowie die geplante Zusammenlegung der IT-Technik im Bereich der Landesbausparkassen, die freilich noch die harte Bewährungsprobe einer Einigung auf eine gemeinsame Plattform bestehen muss. Und auch bei den öffentlichen Versicherern bildet die IT-Technik den mit Abstand konkretesten

Kooperationsansatz. Inwieweit gerade in diesem Geschäftsbereich auf Initiative der nordrhein-westfälischen Landespolitik zur Sondierung einer Fusion von Provinzial Rheinland und Provinzial Nord-West eine Konsolidierung des gesamten öffentlich-rechtlichen Versicherungssektors angeschoben wird, lässt sich indes noch nicht absehen (siehe auch Leitartikel).

Längst nicht mehr so dringlich, wie es nach den Formulierungen des dortigen Sparkassengesetzes eigentlich sein müsste, ist in NRW übrigens das Thema Verbändefusion. An dieser Stelle konnten die beiden dortigen Sparkassenverbände ihre Landesregierung allem Eindruck nach davon überzeugen, dass eine Verbandsfusion das Stimmengewicht des Bundeslandes in der Sparkassenorganisation in vielen Gremien unnötig beschneiden würde und die Ausgestaltung der Haftungsmechanismen nachteilig wäre. Gearbeitet wird deshalb momentan an einem Konzept zur Stärkung der Kooperation zwischen beiden Verbänden.

## Sparkassen III

### Negative Realverzinsung als Dauerzustand?

Im traditionellen Selbstverständnis der Sparkassenorganisation als Anwalt der Kleinsparer prangert Georg Fahrenschon als DSGVO-Präsident zwar in häufiger werdendem Turnus die Niedrigzinspolitik der Notenbanken an und mahnt angesichts der derzeit negativen Realverzinsung der Kundeneinlagen pflichtgemäß eine Abkehr von der Politik des billigen Geldes an. Doch er weiß ebenso wie seine Kollegen in den Regionen und die Verantwortlichen der Institute aus anderen Bankengruppen mit vielen Kleinsparern, dass er an diesem Grundscenario auf absehbare Zeit wohl kaum etwas ändern können. Auch die S-Regionalverbände von Stuttgart über Münster bis nach Frankfurt haben das Niedrigzinsszenario in ihrer Jahresberichterstattung für 2012 sehr weit nach oben gerückt. In der Bestandsentwicklung ihrer Kundeneinlagen hat sich diese Widrigkeit allerdings zumindest noch nicht dramatisch niedergeschlagen. Offensichtlich nimmt die Klientel der Sparkassen mangels überzeugender Alternativen mit vertretbarem Risikoprofil derzeit weitgehend klaglos hin, dass diese nach wie vor beliebte Anlageklasse derzeit reale Verluste schreibt. Plus 2,9 Prozent in Westfalen-Lippe, 2,5 Prozent in Stuttgart und plus 1,5 Prozent in Hessen-Thüringen lauten gleichwohl die Wachstumsraten für die Kundeneinlagen in drei wichtigen Regionen, bundesweit meldet der DSGVO ein Plus von 2,0 Prozent. Überall fällt dabei

das Wachstum der täglich verfügbaren Gelder kräftig aus. Die Sichteinlagen bilden mit knapp 380 Milliarden Euro für alle deutschen Sparkassen zusammen längst den größten Einzelposten der Kundeneinlagen.

Welche Belastungen die fristenkongruente Refinanzierung der überwiegend aus langfristigen Krediten mit fester Zinsbindung bestehende Aktivseite und der gleichzeitig kurzfristigen Anlagenstruktur auf der Passivseite schon im Berichtsjahr verursacht hat, verdeutlichte SGVHT-Präsident Gerhard Grandke für die Sparkassen in Hessen und Thüringen anhand des negativen Zinsergebnisses aus Derivaten. Bei einem um 0,6 Prozent auf 2,458 Milliarden Euro gestiegenen Zinsüberschuss mussten von seinen Mitgliedssparkassen mit 174 (124) Millionen Euro weit mehr als im Vorjahr für Absicherungsgeschäfte in Form von Zinsswaps aufgewendet werden. 2013 und in den kommenden Jahren dürfte sich dieser Absicherungsbedarf bei weiterer Verschiebung der Fälligkeitsstrukturen auf Aktiv- und Passivseite eher noch ausweiten und die besondere Aufmerksamkeit der internen Kontrollmechanismen der Ortsparkassen, der Verbandsprüfung und nicht zuletzt der Aufsicht genießen. Selbst wenn sich das Wertpapierkommissionsgeschäft wieder erholen sollte, dürfte es nicht nur den Sparkassen in Hessen und Thüringen, sondern allen Wettbewerbern im klassischen Einlagengeschäft enorm schwer fallen, das Zinsergebnis zu halten, zumal sich der historisch niedrige Stand an Risikoversorge nicht einfach fortschreiben lässt.

Dass andere Assetklassen für die breiten Sparer-schichten aller Institute einen Renditeausgleich schaffen könnten, ist angesichts des Sicherheitsdenkens der Kunden derzeit nicht absehbar. Trotz rückblickend guter Entwicklung der Erträge aus Aktien, Unternehmensanleihen, Aktienfonds und Rentenfonds haben diese Produkte im Berichtsjahr nicht annähernd einen Ausgleich für die mäßige Ertragsentwicklung der Kundeneinlagen bieten können. Im Gegenteil, zusätzlich durch die administrativen Vorgaben wie die Beratungsprotokolle gedämpft, ist das Wertpapiergeschäft im Jahre 2012 in allen Sparkassenregionen eher zäh verlaufen. Mit Blick auf die Sparkassen in Hessen und Thüringen haben daran auch die neuen Aktivitäten der Helaba im Zertifikategeschäft im Herbst 2012 nichts Wesentliches geändert. Und nach den Vorstellungen des SGVHT-Vorstands über die strategische Ausrichtung dieses Geschäftsfeldes dürfte sich auch in der Zukunft an einem eher dosierten Einsatz dieser Produktpalette wenig ändern. Zwar registriert man in Frankfurt und Erfurt bei Privaten wie bei Institutionellen eine Nachfrage nach Zertifikaten und gibt sich offen für eine Weiterentwicklung des Geschäftsbereiches. Doch mit Blick auf das Angebot will man sich im Wesentlichen auf

Basisprodukte konzentrieren. So sollen beispielsweise keine gehebelten Produkte neu angeboten werden, und kritische Zertifikate aus dem übernommenen Bestand will man auslaufen lassen.

Sparkassenpolitisch ist derzeit in Hessen und Thüringen viel Übereinstimmung mit den anderen S-Regionen zu spüren. Das auf den Weg gebrachte Konzept für die Neuordnung der Landesbank Berlin und der Deka-Bank wird befürwortet, die Online- und Technik-Initiative des DSGV wird wohlwollend begleitet, und die Überlegungen zu Veränderungen bei den öffentlichen Versicherern klammert eine Fusionslösungen unter Einschluss der eigenen SV-Versicherung erst einmal kategorisch aus. Stattdessen will man dort einstweilen das schon laufende Effizienzsteigerungsprogramm umsetzen und ist darüber für sinnvolle Überlegungen zu Kooperationsprojekten offen, speziell im Bereich der IT.

## DZ Bank

### Zurück in der Spur

Die Erleichterung war allen Beteiligten anzumerken. Nach dem eher durchwachsenen und von der Schuldenkrise geprägten Jahr 2011 ist die DZ Bank wieder zurück in der Spur. Das gilt sowohl für die wesentlichen Ertragskomponenten als auch die Risikolage, die Kostensituation oder die dringend erforderliche Thesaurierung von frischem Eigenkapital. Dementsprechend leicht fiel es dem Vorstandsvorsitzenden über die Zahlen, verbundpolitische Themen und sogar eine mögliche notwendige Kapitalerhöhung seines Hauses zu sprechen, denn mit solchen Erfolgen ist man kein Bittsteller mehr, sondern es sei „eine gute Zeit, in die DZ Bank zu investieren“.

Was macht Wolfgang Kirsch so zufrieden? Das Vorsteuerergebnis von 1,32 Milliarden Euro übertrifft den Vorjahreswert gleich um das Vierfache und wurde in den vergangenen Jahren nur 2010 und 2006 übertroffen. Der Zinsüberschuss ist mit 3,26 Milliarden Euro der mit Abstand höchste seit Ausbruch der Finanzkrise und liegt sogar spürbar über dem der Vorkrisenjahre 2006 und 2007. Die Risikoversorge ist zwar um gut ein Drittel höher ausgefallen als im Vorjahr, allerdings ist dieses Unglück zum einen klar an der Tochter VR Leasing festzumachen, die rund 200 Millionen Euro zu den 527 Millionen Euro Bewertungen beigetragen hat. Zum anderen hat die DZ Bank damit wieder das vertragliche Maß früherer Jahre erreicht und bewegt sich bereinigt um die Kriseneffekte im Durchschnitt. Das Eigenkapital konnte aus einbehaltenen Gewinnen, der Bildung von § 340g-Reserven und

dem Abbau von Risikoaktiva um insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro gestärkt werden. Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist zwar immer noch negativ (minus 442 Millionen Euro), hat aber die entsetzlichen Belastungen früherer Jahre hinter sich gelassen. Und die in der Position „Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten“ zusammengefassten Auswüchse der Finanzkrise auf der Kapitalseite haben sich mit einem Abschreibungsbedarf von 276 Millionen Euro im Berichtsjahr ebenfalls erheblich reduziert und relativiert. Und selbst die im gegenwärtigen Umfeld bei fast allen Banken und Sparkassen unter Druck stehenden Provisionserlöse bewegen sich trotz eines Rückgangs mit 963 Millionen Euro noch auf vergleichsweise vernünftigen Niveau.

All das soll nicht heißen, dass der Vorstandsvorsitzende keine Sorgen mehr hat, das wäre sicherlich zu viel verlangt. Aber diese kommen nicht mehr aus dem operativen Geschäft, nur noch bedingt aus den Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise, sondern sind größtenteils den steigenden regulatorischen Anforderungen geschuldet. So ist für Wolfgang Kirsch noch gar nicht sicher, ob er die Zuwendung seiner Eigentümer in Form frischen Kapitals überhaupt braucht, da noch nicht geklärt sei, welchen Zuschlägen sich sein Haus überhaupt zu unterwerfen habe. Das mache die Planung schwierig, klagt der Vorstandsvorsitzende. Allerdings hat die Aufsicht den Banken längst signalisiert, dass sie die zusätzlichen Kapitalanforderungen nicht von heute auf morgen, sondern mit einem für die Erfüllung realistischen Zeitfenster erwarte. Aber ein guter Kaufmann darf/muss auch mal klagen.

Bleiben die deutschen Überlegungen zu Finanztransaktionssteuer und Trennbanken. Beides würde die DZ Bank, die als Kapitalsammelstelle und Liquiditätsausgleich für die ihr angeschlossenen Volks- und Raiffeisenbanken fungiert, hart treffen. Sowohl die Annahme von überschüssigem Geld der Primärbanken und dessen Anlage an den Märkten als auch der kurzfristige Ausgleich von Liquiditätsempässen seien per Definition Finanzgeschäfte und würden somit der Steuer unterliegen, was dem Vorstandsvorsitzenden nicht in den Sinn will. Noch unsinniger findet er die Überlegungen zu Trennbanken auf sein Haus bezogen. Immerhin sei man doch schon eine Trennbank, denn die Anlage der Gelder durch die DZ Bank sei klar von den Spareinlagen, die bei den Kreditgenossenschaften liegen, abgespalten. Ob er damit Gehör findet, darf zumindest bezweifelt werden. Zuversichtlicher ist Kirsch, was die Erleichterungen bei der Behandlung von Beteiligungen innerhalb der genossenschaftlichen Finanzgruppe betrifft, hier sei man auf gutem Weg. Ach ja, trotz allem soll im laufenden Jahr „im Normalbetrieb“ ein Ergebnis auf Vor-

jahreshöhe erzielt werden. Man fühlt sich offensichtlich wieder allem gewachsen bei der DZ Bank.

## Persönliches

### Johann Eekhoff

Mit Johann Eekhoff zu arbeiten und zu diskutieren, ihm zuzuhören und dabei unmöglich immer seiner Meinung sein zu können, das ist allemal ein Geschenk von ihm an uns und seine Zeit gewesen. Denn dieser Ostfrieser aus dem Dorf mit dem anderswo unaussprechlichen Namen war von ebenso bescheidener wie hartnäckiger Klugheit, dass ihn Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in ganz viele Gremien holten – ihn dann jedoch nicht immer auf Dauer dort ertragen mochten: sehr wohl zum Nachteil der Sache, wie sich oft schnell erwies.

In unserer Verlagsgruppe ist Eekhoff vom „Langfristigen Kredit“ über „Immobilien & Finanzierung“ bis zu „Kreditwesen“ Redner, Autor und Mitherausgeber gewesen. Mit ihm zusammen unerhört wichtigen Kommissionen vorzustehen, erwies sich allerdings gelegentlich als mächtig anstrengend – seines unbändigen Fleißes wegen.

Zwei Themenbereiche haben ihn zeitlebens besonders beschäftigt, vielleicht weil sie einander oft ziemlich feindselig gegenüberstanden: das Wohnungswesen und die Marktwirtschaft. Dass die „ausgleichende Gerechtigkeit“ als segensreiche Wirkung marktwirtschaftliche Strukturen in einer so lange planwirtschaftlich gebauten Branche oft furchtbar lange auf sich warten ließ und deshalb immer wieder staatliche Anstöße brauchte, hat dem ordentlichen Ökonomieprofessor – zuletzt am renommiertesten Lehrstuhl „Wirtschaftspolitik“ der Universität Köln – nie behagt. Aber ein Stück vorangebracht hat er die immobile Freiheit (was ein Widerspruch an sich!) dennoch immer wieder. Und als Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums von 1991 bis 1994 konnte/wollte er dies sogar als oberster Beamter.

Das, was wir so leicht „soziale Marktwirtschaft“ nennen, ist für Johann Eekhoff der eisenharte Alltag gewesen. Und auch wenn er da die wissenschaftliche Erkenntnis zu bereden hatte, waren seine politischen Empfehlungen nicht zu überhören. Nehmen wir mit aus seinen „Thesen 2005“: „Die Zukunft des Wohnungsbaus liegt in einem marktkonformen Miet- und Kündigungsrecht, in der Aufhebung der verbliebenen Förderregelungen wie die Eigenheimzulage, der Bausparförderung und der Förderung des allgemeinen sozialen Wohnungsbaus.“ Packen wir's an? Johann Eekhoff starb im Alter von 71 Jahren.